

Arbeit war das ganze Leben
Was mir Demokratie mit Marktwirtschaft gebracht hat - ein
Erfahrungsbericht

(Vortrag gehalten in der Evang. Akademie Sachsen-Anhalt/
Tagung 11. - 13.3.2005)

An einem Septembermorgen 2001 fanden die Personalgespräche statt, die die Meisten unvorbereitet trafen. Dann hatten sie zwei Stunden Zeit, ihre Schreibtische zu räumen und den Betrieb zu verlassen.

Wenn Sie jetzt vermuten, dass es sich um Arbeitnehmer handelte, die straffällig geworden waren, dann irren Sie sich. Es waren Beschäftigte der Volkswerft Stralsund, die in diesem Betrieb schon 20, 25, 30 Jahre tätig waren, so genannte „junge Alte“ zwischen 45 und 55 Jahren. (Arbeitnehmer über 55 Jahre, die - so wie ich - ihre Kündigung erhalten hatten, durften bis zum Jahresende weiterarbeiten.)

Der Schock saß tief, denn jeder war mitten aus seiner Arbeit gerissen, die Computer liefen noch, als die Einzelnen zum Personalgespräch geholt wurden. Mit dem, was die Kollegen in den verbleibenden 2 Stunden zusammenräumten, verließen sie dann den Betrieb, vorbei an den Kolleginnen und Kollegen, die es diesmal nicht getroffen hatte. Von denen wagte keiner hochzugucken. Kein tröstendes, kein freundliches Wort, keine Hilfestellung und erst recht kein Dank für jahrzehntelange Arbeit. Und kein Betriebsrat hatte eine solche Verfahrensweise verhindert. Wer so aus dem Betrieb gejagt wird, hat lange mit der Aufarbeitung zu tun.

Ich hatte nach meiner Kündigung im Freundeskreis den Satz gesagt: „Ich bin froh, dass es vorbei ist!“ Diesen Satz verstanden alle, die die Atmosphäre in den ehemaligen volkseigenen Betrieben kannten, die schon eine oder mehrere Kündigungen hinter sich hatten, aber kaum jemand, dem diese Situation fremd war, was vor allem für meine Freunde in den Altbundesländern zutraf. Dabei hatte ich in diesem Satz das Erlebte aus den letzten 12 Arbeitsjahren zusammengefasst.

Das möchte ich im Folgenden auch für Sie tun, denn so wie uns ist es vielen im Osten Deutschlands ergangen, und heutige Verhaltensweisen lassen sich vielleicht besser verstehen.

Dem eingangs Gesagten konnten Sie ja bereits entnehmen, dass sich mein Arbeitsleben auf der Stralsunder Volkswerft abgespielt hat. Ich kannte die Werft von Kindheit an. Mein Vater hatte dort gearbeitet, ich hatte meinen schulischen Produktionstag dort verlebt und die Berufsausbildung durchlaufen. Nach Beendigung meines Studiums an der TH Magdeburg hatte ich 1968 auf der Werft angefangen zu arbeiten. Damals war der Betrieb bereits auf dem Weg zur führenden Werft für Fischereifahrzeuge, allerdings mit fast ausschließlichem Export in die Sowjetunion.

1989 hatte die Werft knapp 8.000 Beschäftigte, fast jede Stralsunder Familie war direkt oder indirekt mit der Volkswerft verbunden.

Wie die meisten volkseigenen Betriebe wurde auch die Werft 1990 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt. Noch vor der Währungsreform trennte man sich von den ersten 700 Beschäftigten. Auch sie verließen den Betrieb von heute auf morgen, ohne dass sich jemand von ihnen verabschiedete oder ihnen dankte. Ich arbeitete damals als Assistent des Ökonomischen Direktors, und der Satz, den ich am meisten hörte, lautete: „Das können die doch nicht machen! Die können mich doch nicht einfach nach Hause schicken nach so vielen Jahren.“ Neben einer groben Fehleinschätzung der Situation steckte grenzenlose Enttäuschung in diesen Worten. Erschwerend kam dazu: „arbeitslos“ war damals noch etwas Neues und ein Makel für den Betroffenen.

Dass es zu Entlassungen kommen würde, war eigentlich jedem klar. Aber das „Wie“ hat mich von Anfang an schockiert. Bei uns wäre es beispielsweise ein Leichtes gewesen, den ausscheidenden Kollegen eines der vielen schönen Werftsouvenirs zu schenken, die für Verhandlungen mit Geschäftspartnern vorhanden waren und die bei der Privatisierung und der damit verbundenen Namensänderung nutzlos wurden. Aber weder die ehemalige Betriebsgewerkschaftsleitung noch der spätere Betriebsrat hat sich für so eine kleine menschliche Geste eingesetzt.

Nun, die ersten Werftler waren also weg, der Volkseigene Betrieb hatte sich zur Kapitalgesellschaft Volkswerft GmbH Stralsund gemausert, einem Tochterunternehmen der Deutschen Maschinen- und Schiffbau AG, ein 100 %iges Treuhandunternehmen. Aus Direktoren waren Geschäftsführer geworden, und wir „normalen“ Mitarbeiter kämpften darum, in kürzester Zeit alles Notwendige dazuzulernen.

Das fing bei dem uns unbekanntem „ppa“ in der Unterschrift an und ging über Abschluss- und Eröffnungsbilanzen bis zu den Immobilien, die zu DDR-Zeiten sehr nebensächlich gewesen waren. Es gab sie, aber ein Aufgabengebiet waren sie nicht. Jetzt landete die Bearbeitung der Werftimmobilien plötzlich auf meinem Schreibtisch. Ich ahnte nicht im Entferntesten, was da auf mich zukam. Ich kannte zwar ein sozialistisches Hausbuch, aber ein Grundbuch war mir dienstlich noch nie begegnet. Es blieb keine Zeit, sich für die neue Aufgabe fachgerecht zu qualifizieren. Es war ein bisschen wie nach 1945 bei den Neulehrern: Ich lernte heute, was ich morgen in einer Beratung brauchte und wurde vom Diplomingenieur zum Autodidakten in Sachen Immobilien. Es war arbeitsmäßig eine durchaus aufregende, chaotische, aber auch interessante und hoffnungsvolle Zeit und passte gut zu den vielen Veränderungen, die uns auch im privaten Alltag erreichten.

Die Freude am Neuen hielt aber nicht lange vor, denn die Probleme der Werft lagen in Gestalt fertiger Fabriktrawler an der Pier. Die UdSSR, unser Auftraggeber, war zahlungsunfähig. Die Werft bekam Liquiditätsprobleme. Diese und die von der EU 1990 ausgesprochene Senkung der Neubaukapazitäten für die Ostwerften um 40 % machten die Werft für Käufer wenig interessant. Sorge um die Zukunft und Sorge wegen der vielen Entlassungen ließen die Werft nicht zur Ruhe kommen. Die Zahl der Beschäftigten nahm stetig ab: 2.500 Beschäftigte lautete die Vorgabe der Treuhand für die Privatisierung.

Dann sickerte durch, dass die Treuhand die Volkswerft sogar nur noch als Reparaturstützpunkt mit 800 Beschäftigten vorsah. Ein Schock! Es begann wieder eine Zeit großer Protestdemos in Stralsund. Die Stadt lebte von und mit der Werft. Zu Tausenden gingen die Stralsunder auf die Straße. Bis zu 10.000 Menschen versammelten sich, um für das Überleben der Werft und gegen die Pläne der Treuhandanstalt zu streiten. Wir lernten, nicht zuletzt bei einem 4-wöchigen Streik, mit neuen Instrumentarien umzugehen: Werftbesetzungen, Warnstreik, Urabstimmung, Streikposten ... Immer noch hatten wir das Gefühl, eine gewisse Macht zu sein und zu haben.

Während sich Politik und Treuhand um Investoren für die Werft bemühten, gehörte es zu meinen Aufgaben, Immobilien abzugeben und zu verkaufen. Wir übertrugen unsere werfteigenen Kinderkrippen und Kindergärten sowie die Sporteinrichtungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen an die Kommune. Manchmal schweren Herzens, denn die Einrichtungen, einschließlich Personal, gehörten seit Jahrzehnten zur Werft. Aber wir hofften auch, dass sie ohne die Werft besser überleben würden.

Wir gliederten mit Blick auf eine „schlankere“ Werft viele Werftbereiche aus, die nicht unmittelbar zum Kerngeschäft gehörten. Es entstanden neue kleine oder mittelständische Betriebe und drei Tochterunternehmen, die sich meistens einen westlichen Partner oder Teilhaber suchten in der Hoffnung, den Absprung in die Marktwirtschaft durch westliches Know-how besser zu bewältigen.

Die Werft unterstützte diese Betriebe durch Überlassung von Grund und Boden, von Gebäuden und einem Maschinenpark. Doch es ging nicht ohne schwere Enttäuschungen ab. Die meisten östlichen Betriebe überlebten nicht sehr lange. Es kam bei vielen Aus- und Neugründungen zu Insolvenzen. Leider waren auch die westlichen Partner nicht alle seriös. Betriebe vor Ort wurden geschlossen, nachdem man sich die Absatzmärkte gesichert und die Produktion in die Altbundesländer verlagert hatte. Die Arbeitnehmer in Stralsund wurden „freigesetzt“ und erhöhten so die Zahl der arbeitslosen ehemaligen Werftler. Wir sahen es hilflos mit an. Mutlosigkeit, aber auch Frust breiteten sich aus.

Zum ersten Mal merkten wir, wie hart die Marktwirtschaft ist. Manchmal kamen wir uns vor, als wären wir unter die Räuber gefallen. Dieser Eindruck verstärkte sich, wenn man sich in Stralsund umsah: Molkerei und Zuckerfabrik beispielsweise - gesunde Betriebe mit einem guten Ruf über die Grenzen hinweg - wurden nach Kauf durch ausländische Unternehmen zugemacht. Die Gruppe der Arbeitslosen wuchs, obwohl anfangs noch viele durch ABM oder Auffanggesellschaften nicht sofort auf der Straße saßen.

Ich persönlich lernte derweil, mit dem Anspruch von Alteigentümern umzugehen, die entsprechend dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ zu bedenken waren. Es war für mich eine gewaltige Erfahrung, mit welcher Vehemenz um Grund und Boden gestritten wurde. Erben der Alteigentümer, häufig aus den Altbundesländern, fielen über uns her und forderten Rechenschaft über 1962 gefällte Bäume, über verschwundene Grenzmarkierungen oder abgerissene Zäune. Es half mir nichts, dass ich 1962 noch Schülerin gewesen war und über seinerzeit gefällte Bäume leider keine Auskunft geben konnte. Oft wurde ich regelrecht beschimpft, weil wir mit dem Eigentum anderer Leute nicht sorgsamer umgegangen waren. Die grundsätzlich andere Einstellung zu Eigentum machte mir schwer zu schaffen.

Manche strittigen Immobilien waren jedoch von grundsätzlicher Bedeutung für den Erhalt der Werft. Wenn wir uns gegenüber Treuhandmitarbeitern oder Gutachtern so energisch gegen den Verkauf von einzelnen Bereichen oder Einrichtungen wehrten, dann kam mit diskretem Hinweis auf Geld schon mal der Satz „Na, Sie haben bestimmt Grund, sich so einzusetzen.“ Uns wurde schlichtweg die Annahme von Bestechungsgeld unterstellt.

Auch mit der Vermutung, die Immobilien unrechtmäßig erworben zu haben, bekamen wir es zu tun. Wir wehrten uns mit der Vorlage von Grundbüchern und Kaufverträgen, es half wenig. Um manche Immobilie stritten wir wie um unser ureigenes Tafelsilber. Das war in den Augen westlicher Manager unprofessionell. Und das sagten sie uns auch sehr unverblümt. Wir machten uns in ihren Augen lächerlich. Sie sahen uns nachsichtig an, wenn wir emotionsgeladen verkündeten: „Das ist doch unser Werftheim auf Hiddensee, das ist mal weitgehend aus dem Sozialfonds bezahlt worden, das gehört den Werftangehörigen.“ Unsere Aufregung war unnötig. Das Heim wurde auch verkauft. Die neuen Geschäftsführer hatten die Immobilie weder gesehen noch glaubten sie uns, wenn wir von Wertbeständigkeit sprachen. Was verstanden wir davon, und was war schon Hiddensee gegen Sylt! Solche Entscheidungen taten richtig weh und trugen auch nicht dazu bei, dass wir unseren neuen Chefs immer die richtige Sachkenntnis zutrauten.

Das war insofern gar nicht gut, als wir es bald nur noch mit westlichen Managern zu tun bekamen, denn die Volkswerft war Anfang 1993, gemeinsam mit der Meerestechnikwerft in Wismar und dem Dieselmotorenwerk in Rostock, verkauft worden: an den Bremer Vulkan Verbund.

Der Chef der IG-Metall Küste, der damals bereits im Aufsichtsrat des Bremer Vulkan saß, hatte uns bei seinen Auftritten in Stralsund immer wieder stimmgewaltig und überzeugend versichert, dass wir in diesem starken Konzern gut aufgehoben sein würden. So knüpften sich viele Hoffnungen seitens der Belegschaft an diese Privatisierung. Der Anfang war vielversprechend: Jetzt begann die ersehnte

Sanierung der Werft, die mit etwa 600 Mio. DM veranschlagt war und für die die finanziellen Mittel von der Treuhand, also vom Bund, bereitgestellt wurden. Die Werft hatte volle Auftragsbücher, war aber für die Umsetzung des Neubauprogramms auf Investitionen und auf die Umgestaltung zur Kompaktwerft angewiesen. Zwei Jahre lief nach außen alles recht ruhig. Personell war die Werft inzwischen auf ca. 2.800 Beschäftigte geschrumpft mit der Tendenz: weiter fallend!

Als der Bremer Vulkan die unternehmerische Führung in Stralsund übernahm, hatten wir - wie gesagt - neue Geschäftsführer aus den Altbundesländern bekommen, die eigenständiges Arbeiten immer mehr eingeschränkten. Hatte ich bis dahin mit der Treuhand über Grundstücke selbst verhandelt, hatten wir die Vermarktung insgesamt eigenständig betrieben, so war das nun vorbei. Man hielt uns ganz offensichtlich für unfähig und behandelte uns entsprechend, oft mit der leicht mitleidigen Bemerkung „Na ja, Sie haben ja nun mal keine Erfahrungen in der Marktwirtschaft.“ Dagegen war schwer etwas einzuwenden.

Aber es ging so weit, dass ich meinen neuen Chef eines Tages darauf hinweisen musste, dass auch ich lesen und schreiben könnte und sogar studiert hätte.

Ich erlebte eine meiner großen Enttäuschungen: Ich hatte immer geglaubt, in der Marktwirtschaft würde Leistung zählen, aber wieder zählte vor allem Anpassung, diesmal an die neuen Chefs.

Auf Grund unserer alltäglichen Erfahrungen mussten wir auch eine weitere Illusion begraben: die Annahme, dass die westlichen Manager aus Interesse am Aufbau Ost und aus Begeisterung für die neuen Aufgaben zu uns gekommen waren. Unsere neuen Chefs waren Gäste in Stralsund und blieben es. Sie fuhren Freitag heim in ihre Wohnorte westlich der Elbe und kamen im Laufe des Montags wieder in den wilden Osten. Sie verdienten hier gutes Geld, aber für die Werft in ihrem Zusammenhang mit der Stadt, für ihre Bedeutung im Territorium und für die Menschen, mit denen sie zu tun hatten, haben sie sich kaum interessiert. Bei anderen Institutionen, wie Banken und Justiz, hat es z. T. andere Erfahrungen gegeben, bei uns leider nicht.

Anfangs haben wir versucht, manches von uns, von unseren früheren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu vermitteln in der Annahme, es müsste die Neuen interessieren. Aber wir ernteten dafür eigentlich nur Reaktionen von Kopfschütteln bis Lächeln. Es war ja auch zu putzig: all diese Kollektive und Wettbewerbe, Straßen der Besten und Roten Treffs Es war eine neue Erfahrung für uns, dass uns dieses Lächeln nicht gut tat. Es war, als lächelten sie über unser Leben, wohl wissend, dass die Geschichte ihnen Recht gegeben hatte. Wir waren auf der falschen Seite groß geworden, hatten die falschen Sachen gelernt und getan, - und hatten doch andererseits das Gefühl, kein falsches Leben gelebt zu haben.

Manche Aktion war besonders dazu angetan, uns ein Stück Selbstbewusstsein zu nehmen. So wurde eine Zeit lang darüber debattiert, ob die Werft nicht ein neues Logo brauche, denn die bekannte stilisierte Kogge entspreche nicht dem modernen Produktionsprofil der Werft. Nun darf man ja schlicht sagen, dass die Volkswerft auch zu DDR-Zeiten keine Koggen mehr gebaut hatte. Das Werft-Logo gab es seit 1954. Nie zuvor war es hinterfragt oder angezweifelt worden. Es war ein eingetragenes Warenzeichen, und Tausende von Fischereifahrzeugen waren unter diesem rechtlich gesicherten Logo weltbekannt geworden. Wirtschaftliche Gründe gaben dann auch den Ausschlag dafür, das Warenzeichen nicht anzutasten. Der Versuch aber lag uns schwer im Magen.

Auf gleicher Ebene lag die Schließung des Traditionskabinetts. Das dokumentierte neben der sozialistischen Ideologie auch vorbildlich die fachliche Entwicklung der Werft. Es hätte sich problemlos von politischer Altlast befreien lassen. Nun wurden wunderschöne (und wertvolle!) Modelle der gebauten Schiffe heimatlos und verstaubten künftig in Abstellkammern. Und der Kommentar eines unserer neuen Geschäftsführer dazu lautete: „Die Geschichte der Werft beginnt jetzt“. Es war

manchmal schwer, diese Arroganz zu ertragen. Ich war oft froh, dass auf Grund der Leitungshierarchie nicht allzu viele Werftler solche Aussagen direkt mit anhören mussten.

Dass aber die Informationsstelle und Fachbibliothek einer Attacke ähnlich dem Bildersturm des Mittelalters zum Opfer fielen, ließ sich nicht verbergen. In unappetitlicher Weise wurden hier nicht nur Fachbücher und Zeitschriften von Wert in großen Abfallcontainern entsorgt, es kamen auch wissenschaftliche Arbeiten in den Müll. Ich weiß, dass dies ein weit verbreiteter Vorgang in den neuen Bundesländern war, aber das macht ihn nicht besser. Die einzelnen Unternehmen hätten durchaus die Möglichkeit gehabt, anders zu verfahren. In Stralsund gibt es eine Stadtbücherei, eine Hochschule mit entsprechender Bibliothek und ein Meeresmuseum mit einschlägiger Fachbibliothek, die alle mühelos von der Auflösung der Werfteinrichtung hätten profitieren können. Hinweise dazu hatte es an die Geschäftsführung der Werft gegeben, aber ohne Erfolg.

In diese Reihe gehört auch die Einstellung der traditionsreichen Werftzeitung, deren Redaktion im April 1995 ihren Lesern mitteilte: „Nach 48 Jahren müssen wir das Erscheinen einstellen. ... wir sind enttäuscht, dass nicht einmal der Versuch unternommen wurde, durch Halbierung oder Viertelung der Kosten die Zeitung zu erhalten. Es wurde nicht einmal das Gespräch mit den Mitarbeitern der Redaktion zu dieser Problematik gesucht. ... Wir bedauern die Einstellung der Geschäftsführung in dieser Frage.“ Dazu darf ich ergänzen: Auch das Gespräch mit den Lesern hat keiner gesucht. Vielleicht hätte eine Umfrage ergeben, dass den Lesern die Werftzeitung statt der üblichen 5 Pfennig glatt 10 Pfennig wert gewesen wäre. Ein Mitspracherecht gab es nicht.

Ich habe Ihnen diese kleinen Beispiele genannt, weil sie die Menschen belasteten, im Gedächtnis hängen blieben und letztlich auch zu einem Identitätsverlust führten.

Dazu kam, dass die kurze Zeit äußerer Ruhe und sichtbarer Werftsanierung bald darauf vorbei war. Ab Mitte 1995 wurde in den Medien darüber spekuliert, ob der Bremer Vulkan vor dem Konkurs stünde. Nun erfuhren Belegschaft und Öffentlichkeit, dass die für die Ostwerften vom Bund bereitgestellten Millionenbeträge im zentralen Cash-Management des Vulkan verschwunden waren. Und nicht nur die, sondern auch das von den Ostwerften erwirtschaftete Geld war nach Bremen geflossen und irgendwo versickert. Wut und Fassungslosigkeit machten sich breit, in Stralsund genauso wie in Rostock und Wismar, aber auch in den drei Werften an der Unterweser.

Wir lebten über Monate in einem ständigen Wechselbad der Gefühle. An einem Tag meldeten die Medien, dass Lohnzahlungen gefährdet seien, dass Kurzarbeit drohe, am nächsten Tag wurde dementiert. Noch im November 1995 wurde der Belegschaft in einem Flugblatt vom Vorstand des Bremer Vulkan Verbundes versichert, dass die Hausbank des Konzerns für eine Dramatisierung keinen Anlass sehe, dass das normale unternehmerische Handeln des Verbunds gesichert sei und dass anders lautende Spekulationen der Grundlage entbehrten. Wir haben es gehört, geglaubt haben wir es nicht mehr. Unser Vertrauen in alle Verlautbarungen war gleich Null. Wir erlebten ja täglich, was passierte. Wir hatten Baustopp auf der Werft, d.h. die Sanierung und alle damit verbundenen Bauvorhaben stoppten. 270 Mio. DM waren da bereits verbaut, zu etwa 50 % war das gewaltige Bauvorhaben fertig. Sollte das alles umsonst gewesen sein? Auch der Schiffsneubau ging nicht weiter, Zulieferbetriebe stellten ihre Lieferungen ein, weil wir zahlungsunfähig waren.

Der Bremer Vulkan stellte dann im Februar 1996 den Vergleichsantrag, - das Ende für den Vulkan Verbund. Fördermittel in Höhe von 850 Mio. DM für die Ostwerften waren einfach weg.

Der Chef der IG-Metall Küste, der nach wie vor im Aufsichtsrat des Vulkan saß, sagte nun, er habe davon nichts gewusst. Die Treuhand, jetzt in Gestalt der Nachfolgerin

BvS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben), hatte auch nichts gemerkt, obwohl sie die Verwendung der ausgereichten Fördergelder zu kontrollieren hatte. Für uns Werftler war es nicht zu fassen, dass so etwas passieren konnte. Heute wissen wir, dass es nicht nur passieren konnte, sondern sogar ohne Konsequenzen für die Verantwortlichen. Herr Hennemann, seines Zeichens Ex-Vulkan-Chef, hatte den Konzern mit einer hohen Abfindung verlassen. Man muss sich das vorstellen: Ein Konzern geht in Konkurs, Tausende werden arbeitslos, Millionen DM verschwinden, und der Chef bekommt eine Abfindung - wer soll danach noch an Gerechtigkeit glauben?

Bei uns wusste keiner, ob und wie es weitergehen würde. Wieder gingen wir auf die Straße, wieder gab es Mahnwachen und Straßensperren an der B96 nach Rügen. Was sollte aus der Werft und der Region werden? Die Nerven lagen blank, und Panik machte sich breit, als dann auch die Gehaltszahlung verspätet erfolgte. Diesmal ging es wirklich ums Überleben.

Die Einigung erfolgte nach dramatischen Wochen auf politischer Ebene: Die Ostwerften wurden vom Vulkan abgekoppelt. Wir waren erstmal durch eine Staatsholding von BvS, Land und Stadt gerettet, aber ziemlich am Ende unserer Kräfte. Die Angst verließ uns nie wieder. Jetzt wusste im Gegensatz zu 1991 jeder, was Entlassung in unserer Region hieß. Jeder kannte entlassene Kollegen und wusste, die meisten von ihnen hatten keine Arbeit mehr gefunden.

Die BvS hatte ein neues Unternehmenskonzept für die Werft erarbeiten lassen. Auf dieser Grundlage folgten weitere Entlassungen und Gehaltsreduzierungen um eine ganze Tarifstufe für fast alle Beschäftigten. Wir erhielten Änderungskündigungen, d.h. entweder nahmen wir das niedrigere Gehalt an, oder wir waren draußen. Der Betriebsrat hat uns aus Sorge um den Weiterbestand des gesamten Betriebes, wie er sagte, nicht unterstützt. Damit war klar: Die Werft ist erpressbar, - erpressbar mit Arbeitsplätzen. Wir büßten das erst kurz zuvor erworbene Urlaubsgeld ein, später folgte die Streichung des Weihnachtsgeldes. Betriebliche Sonderzahlungen und tarifliche Leistungszuschläge wurden reduziert. Alles immer unter dem Aspekt, weitere Kündigungen zu vermeiden. Die kamen aber dennoch.

Wie rüde man mit Menschen umging, die jahrzehntelang auf der Werft gearbeitet hatten, zeigt auch das Beispiel der 1997 ausgegliederten Elektriker. Sie erfuhren von ihrer Ausgliederung durch einen Aushang am Schwarzen Brett. Zwei Wochen später erhielten sie noch ein Schreiben des Geschäftsführers, in dem es hieß: „Da Sie weiterhin berufstätig sein werden, möchten wir Ihnen als Dankeschön die personengebundenen Werkzeuge als zukünftiges Eigentum überlassen.“ Dass die Ausgliederten künftig weniger verdienen würden, sagte er vorsichtshalber nicht.

Der zweite Verkauf der Werft kam dann im Januar 1998. Gemeinsam mit den Filetstücken der Werft wurden wir mit Mann und Maus an den dänischen Mischkonzern A.P. Möller verkauft. Zugesichert wurde eine dreijährige Arbeitsplatzgarantie für 800 Beschäftigte.

Können Sie sich vorstellen, dass uns bei der Belegschaftsversammlung das abverlangte, in Dänemark wohl übliche, bei uns sehr gewöhnungsbedürftige „Hipp, hipp, hurra!“ nicht so recht von den Lippen wollte?

Die Werft hat in 11 Nachwende-Jahren 15 gut verdienende Geschäftsführer verbraucht. Manche waren nur wenige Wochen da. Aber jeder brachte Ideen für Veränderungen mit, die er möglichst schnell umsetzen wollte. Wir haben ständig die betrieblichen Strukturen verändert, Menschen wurden wie Schachfiguren hin- und hergeschoben. Ich bin in den letzten 8 Jahren auf der Werft 8-mal umgezogen und habe bei 6 verschiedenen Chefs gearbeitet.

„Viele mussten gehen, damit nicht alle gehen mussten“, lautet eine Kapitel-Überschrift in einem Buch zum 50. Geburtstag der Werft 1998. Das stimmt insofern, als die Werft heute noch existiert, sie gehört immer noch zum Möller-Konzern. Sie ist heute ein schöner, moderner Betrieb mit etwa 1.200 Beschäftigten, Lehrlinge eingeschlossen. Aber „mein“ Betrieb ist sie nicht mehr, wenn sie denn je „meiner“ war. Und ich werde auch selten an die Werft erinnert, denn sie spielt zwar als Arbeitgeber noch eine Rolle, eine enge Verbindung von Betrieb und Stadt, ein Hineinwirken in die Kommune gibt es nicht mehr. Das Unternehmen ist dänisch.

Ein Jahr vor meiner Kündigung hatte man versucht, mir eine Teilzeitbeschäftigung schmackhaft zu machen mit dem Hinweis, dass ich doch dann auch viel mehr Freizeit hätte. Dass auch die Bezahlung teilzeitmäßig sein würde, musste natürlich nicht dazu gesagt werden. Da ich mich aber einerseits arbeitsmäßig ausgelastet fühlte und andererseits noch einen Sohn in der Ausbildung hatte, lehnte ich den Vorschlag ab. Ich ahnte damals, dass dieser Ablehnung vermutlich der nächste Schritt folgen würde. Er folgte 1 ½ Jahre später.

Bei diesem Kündigungsgespräch war mir mitgeteilt worden, dass mein Aufgabengebiet künftig ausgelagert und von einer Fremdfirma erledigt wird. Das ist - ganz nebenbei - bis heute nicht erfolgt.

Und mir war klar gemacht worden, wie großzügig der Betrieb mit mir und den anderen umging: Abfindung und vor der Arbeitslosigkeit zwei Jahre Kurzarbeit Null. Wir wurden in einer Auffanggesellschaft geparkt. Wir waren tatsächlich privilegierte Arbeitslose.

Uns wurde vorgerechnet, dass wir mit diesen Vergünstigungen ungeschoren bis zur Rente kommen würden (was dank Hartz IV nicht mehr sein wird). Ein bisschen Dankbarkeit sollten wir da schon zeigen! Uns wurde aber auch gesagt, wenn wir als alte Arbeitnehmer die Kündigung nicht akzeptierten, wozu wir ja nicht mehr verpflichtet waren, müssten entsprechend viele junge Kollegen gehen. Ein Schelm, wer da von Erpressung spricht. Wir unterschrieben unseren Abgang, weil wir den Druck satt hatten.

Hätten wir nicht vielleicht Hilfe beim Betriebsrat bekommen können? Wohl kaum! Als ich beim Betriebsrat monierte, dass eine Betriebsvereinbarung, die speziell für diese Entlassungen abgeschlossen worden war, intern und uns gar nicht allgemein zugänglich war, bekam ich als Antwort: „Wir halten uns bewusst zurück, weil wir zeigen wollen, dass wir eigentlich mit den Entlassungen nicht einverstanden sind.“ Herzerwärmend, - zumal der Vorsitzende unseres Betriebsrates einige Zeit zuvor auf die andere Seite gewechselt war und uns bei unseren Kündigungsgesprächen als Personalchef gegenüber saß. Keine glückliche Lösung für einen Arbeitnehmer!

In die Zeit meiner Kurzarbeit Null fiel ein Dienstjubiläum, nämlich meine 40jährige Betriebszugehörigkeit. Ich erhielt u.a. ein Schreiben der Geschäftsführung, in dem mir für mein engagiertes und langjähriges Arbeiten mit so lobenden Worten gedankt wurde, dass ich mich im Nachhinein fragte, wie der Betrieb nur auf mich verzichten konnte. Ich kam mir veralbert vor. Die Personalabteilung dagegen konnte gar nicht verstehen, warum ich nicht zur Feierstunde kommen wollte.

Aber um inneren Frieden zu finden, musste ich mir sagen: Die Werft geht mich nichts mehr an. Sie hat in den letzten Jahren weder mich noch meine Fähigkeiten gebraucht.

Und ich musste mich nun, wenn ich schon keine Arbeit mehr hatte, nach sinnvoller anderer Beschäftigung umsehen. Davon gibt es erstaunlicherweise genug, nicht zuletzt auch bei unserer Kirche und in unseren Gemeinden. Ich hatte nun Zeit, und ich übernahm gerne Aufgaben, zumal ich schon während meiner Berufstätigkeit immer ehrenamtlich gearbeitet hatte. Jetzt hätte ich problemlos ganztägig

ehrenamtlich arbeiten können. Aber ich stellte nach kurzer Zeit fest, dass ich das überhaupt nicht wollte.

Wenn ich schon meine Brötchen nicht selbst verdienen konnte und mich in allen Medien nur noch als Negativfaktor in der Statistik oder gar in der Kategorie Sozialschmarotzer und Belastung für den Staat wiederfand, dann wollte ich auch nicht zum ganztägig arbeitenden Ehrenamtlichen werden. Auch wenn das alle Welt, auch die politische - wenn ich den Medien glauben wollte - von mir erwartete.

Aber nie fragte jemand, wie ich mit meiner Situation eigentlich zurechtkäme.

Ich merkte, wie empfindlich ich wurde. Nur ein Arbeitsloser zuckt wohl zusammen, wenn ein Landesbischof im Hinblick auf Entlassungen im kirchlichen Bereich von „Luft“ spricht, „die noch rausgelassen werden muss“. Sprache ist verräterisch. Früher hätte ich das als bildlich gesprochen verstanden, heute empfinde ich es als Schock. Es geht doch um Menschen, Menschen mit all ihren Hoffnungen, Plänen, Wünschen und Fähigkeiten. (Und um Menschen, auf deren ehrenamtliches Engagement man später zurückkommen möchte!)

Ich kenne viele, auch alte Kollegen der Werft, die krank geworden sind, die mit den Problemen des Alltags nicht gut zurechtkommen. Bei einer Arbeitslosenquote von gegenwärtig 26,3 % im Arbeitsamtsbereich Stralsund kann man davon ausgehen, dass jeder einen Arbeitslosen in der Familie, in der Verwandtschaft, im Bekannten- und Freundeskreis hat. Die erste Frage, wenn man sich trifft, gilt nicht mehr der Gesundheit, sondern dem Arbeitsplatz. Gespräche drehen sich überall um das gleiche Thema: Arbeitslosigkeit, Jobsuche und die verzweifelten Versuche, irgendwie über die Runden zu kommen. Und alle schleppen ihre Enttäuschungen mit sich herum.

Das macht nicht zuletzt krank, zumal auch mindestens jeder zweite Blick in eine Tageszeitung noch obendrein für Panik sorgt: Arbeitsplatzabbau, Insolvenzen, Betriebsstilllegungen einerseits und neue Reform- oder Sparideen andererseits. Ich möchte da nur den im Februar bekannt gewordenen Gedanken nennen, das Arbeitslosengeld II in strukturschwachen Regionen zu kürzen. Ehrlich gestanden: Manchmal wünschte ich mir mehr Verantwortungsbewusstsein der Medien, damit nicht jeder Unausgegrenztes in die Welt posaunen kann.

Ahnt denn niemand, was solche Meldungen für die Betroffenen, z. B. in M-V, bedeuten?

Auch wenn die Meldung noch so unsinnig ist, sagt heute niemand mehr: „Das können die doch nicht machen!“, sondern: „Da wird schon was Wahres dran sein; mit uns können die das ja machen!“

Als Langzeitarbeitsloser fühlt man sich weitgehend ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Leben und nimmt zur Kenntnis, dass der Mensch nicht an seiner Leistungsfähigkeit und seinem Leistungswillen, sondern an seiner Kaufkraft gemessen wird.

Meine Erfahrungen in den vergangenen 15 Jahren haben mich davon überzeugt, dass das auf der Werft und in Stralsund Erlebte wenig mit sozialer Marktwirtschaft und noch weniger mit Demokratie zu tun hatte. So manches erinnerte eher an eine feindliche Übernahme. Die wiederum ist ein schlechter Nährboden für das Herausbilden von Demokratieverständnis.